Deutscher Bundestag
11. Wahlperiode

Drucksache 11/4165
10. 03. 89

Fragen

für die Fragestunde der Sitzung des Deutschen Bundestages am Mittwoch, dem 15. März 1989

Verzeichnis der Fragenden

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

Geschäftsbereich des Bundesministers für das Post- und Fernmeldewesen

1. Abgeordneter **Stiegler** (SPD)

Nach welchem Zeitplan wird die Deutsche Bundespost auch im Zonenrand- und Grenzgebiet mit der Einführung des ISDN-Netzes beginnen und z. B. der Bereich der Oberpostdirektion Regensburg versorgt werden?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie

2. Abgeordneter **Dr. Knabe** (DIE GRÜNEN)

Inwieweit stimmen im Verhältnis zum TÜV-Gutachten Berichte über die beabsichtigte Stillegung des von der Bundesregierung geförderten Thorium-Hochtemperaturreaktors in Hamm-Uentrop, und welche Zuschüsse wurden von der Bundesregierung bisher für diesen Thorium-Hochtemperaturreaktor gewährt?

3. Abgeordneter **Dr. Knabe** (DIE GRÜNEN)

Welche finanziellen Verpflichtungen kämen auf die Bundesregierung im Fall des Weiterbetriebs – mit Aufstockung der Risikobeteiligung – bzw. einer Stillegung zu?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

4. Abgeordneter **Stiegler** (SPD)

Wird die Bundesregierung bei den Verhandlungen zur Übernahme von MBB durch Daimler-Benz darauf drängen, daß im Rahmen der Verteilung der Produktion auf die verschiedenen Standorte in der Bundesrepublik Deutschland der Süden angemessene Anteile der zivilen Produktion erhält, und verhindern, daß der Süden zu „militärlastig" wird?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

5. Abgeordneter **Eigen** (CDU/CSU)

Welche Importe an Rindfleisch hat der EG-Ministerrat im Verhältnis zum Vorjahr beschlossen, und wie verträgt sich eine eventuelle Steigerung mit den Haushaltseinsparungen und der Begrenzung der Intervention auf 220 000 Tonnen?

6. Abgeordneter
Eigen
(CDU/CSU)

Kann die Bundesregierung Nachrichten bestätigen, daß mit Finanzierung aus den EG-Regionalfonds Mammutbetriebe zur Produktion von Schweinen in Griechenland und Portugal erstellt werden?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

7. Abgeordneter
Reimann
(SPD)

Kann die Bundesregierung den Bericht der „Allgemeinen Zeitung Mainz" vom 7. März 1989 bestätigen oder dementieren, wonach ein Planungspapier des Bundesministeriums der Verteidigung zur Neuordnung der Tieffluggebiete existiert, und kann die Bundesregierung Auskunft über den Stellenwert dieses Papiers geben?

8. Abgeordneter
Reimann
(SPD)

Falls ein solches Papier existiert, kann die Bundesregierung begründen, wieso zukünftig in Rheinland-Pfalz Tiefflüge bis auf eine Höhe von nur 75 Metern erlaubt werden sollen, obwohl diese bisher auf Grund der starken Belastung durch militärisches Flugaufkommen im pfälzischen Raum nicht erlaubt waren, und es lediglich Korridore gibt, die nicht unter 150 Metern durchflogen werden dürfen?

9. Abgeordnete
Frau
Dr. Götte
(SPD)

Hat die Bundesregierung das „Planungspapier", von dem am 7. März 1989 in der „Allgemeinen Zeitung Mainz" berichtet wird und das militärischen Tiefflug bis zu 75 Metern über Grund für die Vorder- und Westpfalz vorsieht, mit der rheinland-pfälzischen Landesregierung abgestimmt, und wie beurteilt die Bundesregierung in diesem Zusammenhang den einstimmigen Beschluß des rheinland-pfälzischen Landtages vom 6. Juli 1988, in dem u. a. die Einstellung aller Tiefflüge unterhalb von 300 Metern gefordert wird?

10. Abgeordnete
Frau
Dr. Götte
(SPD)

Sind der Bundesregierung die Lärmmessungen verschiedener Kommunen in der Westpfalz, wie z. B. der Stadt Kaiserslautern, der Verbandsgemeinde Kaiserslautern-Süd und der Ortsgemeinde Ramstein-Miesenbach, bekannt, wonach die Zahl der Lärmereignisse in den letzten Jahren ständig zugenommen hat und Tagesspitzenwerte von bis zu 163 Überflügen mit Lärmwerten von 95 bis 108 dB(A) verzeichnet wurden, obwohl diese Gemeinden nicht in einer Tiefflug-Area liegen?

11. Abgeordneter
Müller
(Pleisweiler)
(SPD)

Warum gibt die Bundesregierung die Erarbeitung eines neuen Verteidigungskonzeptes, das den endgültigen Verzicht auf Tiefflug möglich macht, überhaupt nicht in Auftrag?

12. Abgeordneter **Müller (Pleisweiler)** (SPD)

Warum kehrt die Bundesregierung bei den 75-Meter-Tieffluggebieten nicht zu der Regelung zurück, die vor Antritt der Regierung Kohl galt und die eine Deaktivierung der sieben Gebiete für Bundeswehrflugzeuge – ausgenommen simulierte Waffeneinsätze – bestimmte?

13. Abgeordneter **Dr. Mechtersheimer** (DIE GRÜNEN)

Trifft es zu, daß in Verbindung mit der Verlängerung der Wehrdienstzeit auf 18 Monate die Friedenspräsenzstärke der Bundeswehr mehrmals auf 520 000 Mann ansteigt, und wie beurteilt die Bundesregierung diesen Sachverhalt im Hinblick auf die einseitigen Truppenreduzierungen der Sowjetunion und der anderen sozialistischen Staaten?

14. Abgeordnete **Frau Beer** (DIE GRÜNEN)

Welche Beträge, sachliche und personelle Förderung, hat die nach Auskunft der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster, Institut für Publizistik, im Auftrag des Bundesministeriums der Verteidigung tätige Arbeitsgemeinschaft für Medienauswertung seit 1985 aus dem Etat des Bundesministeriums der Verteidigung erhalten, und für welche Aufgaben wurden die Förderungen und Finanzmittel gewährt?

15. Abgeordnete **Frau Beer** (DIE GRÜNEN)

Trifft es zu, daß der Mitarbeiter des Bundesministeriums der Verteidigung, O. B., im Rahmen seiner Tätigkeit im Referat für Psychologische Verteidigung jedoch unter Verschweigung seiner Aufgabenstellung als Lehrbeauftragter am Institut für Publizistik der Westfälischen Wilhelms-Universität in Münster tätig war und von dieser Lehrtätigkeit auf Grund seiner unvollständigen Angaben zur Person mittlerweile entbunden wurde?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit

16. Abgeordnete **Frau Nickels** (DIE GRÜNEN)

Da die Bundesregierung 1978 eine negative Stellungnahme zur Förderung von Hospizen („Sterbekliniken") abgegeben hat, ist sie jetzt bereit, eine neue Umfrage bei den Bundesländern und unter relevanten Trägern der bundesdeutschen Hospiz-Bewegung durchzuführen und auf der Grundlage dieser Umfrage eine neue Stellungnahme abzugeben?

17. Abgeordneter **Kastning** (SPD)

Bedeutet die Umschichtung von Mitteln des Bundesjugendplanes zugunsten von Einzelmaßnahmen anläßlich der 40-Jahrfeier der Bundesrepublik Deutschland und zu Lasten der laufenden Bildungsarbeit anerkannter Träger, daß die Bundesregierung die laufende Bildungsarbeit für weniger förderungswürdig hält?

18. Abgeordneter **Andres** (SPD)

Welche jugendpolitische Begründung hat die Bundesregierung dafür, daß sie die Zuwendungen an Einrichtungen der politischen Jugendbildung (z. B. die Mitglieder des Arbeitskreises der Ost-West-Institute) im Haushaltsjahr 1989 gekürzt hat?

19. Abgeordneter **Andres** (SPD)

Wie verträgt sich die eindeutige Mitteilung der Bundesministerin für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit an Einrichtungen der Jugendbildung, „daß sich die Zuwendungen für das Haushaltsjahr 1990 auf die reduzierte Höhe belaufen werden", mit der von allen Bundestagsparteien anerkannten Bedeutung der politischen Jugendbildung und mit dem Recht des Parlaments, den Bundeshaushalt zu beschließen?

20. Abgeordnete **Frau Blunck** (SPD)

Wie beurteilt die Bundesregierung das gesundheitliche und umwelthygienische Risiko, das von Wassernachbehandlungsanlagen nach dem Ionenaustauschersystem ausgeht, und teilt sie die vom Umweltbundesamt sowie der Trinkwasserkommission des Bundesgesundheitsamtes geäußerten Bedenken?

21. Abgeordnete **Frau Blunck** (SPD)

Wie kann die Bundesregierung sicherstellen, daß die Verbraucher ausreichend über die Nachteile solcher Geräte bei Beratung bzw. vor dem Verkauf aufgeklärt werden, und auf welche Weise können die Hersteller solcher Anlagen künftig auf Grund des vorliegenden Urteils des Landgerichts Berlin vom 17. Oktober 1988 (Az. 51 S 287/87) dazu verpflichtet werden, auf die Risiken ihrer Geräte aufmerksam zu machen?

22. Abgeordnete **Frau Würfel** (FDP)

Welchen Handlungsbedarf sieht die Bundesregierung nach der Meldung von dpa vom 22. Februar 1989, daß das deutsche Trinkwasser mit über einer Million Asbestfasern pro Liter belastet ist?

23. Abgeordnete **Frau Würfel** (FDP)

Trifft es zu, daß bei Verwendung von asbesthaltigem Wasser beim Aufguß in der Sauna die Raumluft mit Asbestfasern angereichert werden kann, so daß die Asbestfasern in die Lunge gelangen und dort Gesundheitsschäden verursachen?

24. Abgeordneter **von Schmude** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, in welchem Umfang im Ausland lebende deutsche Staatsangehörige Leistungen nach dem Bundessozialhilfegesetz beziehen, und wie haben sich die Zahl derartiger Anträge und der DM-Aufwand dafür in den einzelnen Ländern entwickelt?

25. Abgeordneter **von Schmude** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit zu prüfen, ob die Leistungen für die Sicherung des Lebensunterhalts nach dem Bundessozialhilfegesetz beschränkt werden können auf in der Bundesrepublik Deutschland lebende Personen, bzw. ob wenigstens die unterschiedlichen Lebensverhältnisse in den betreffenden Ländern bei der Festsetzung der Leistungen Berücksichtigung finden können?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr

26. Abgeordnete **Frau Ganseforth** (SPD)

Hält die Bundesregierung es für gerechtfertigt, daß der Bundesbahn-Nahverkehr nur zu 60% vom Bund finanziert wird und die Restfinanzierung einschließlich späterer Folgekosten von Land und Kommunen getragen werden muß, während der Bundes-Fernstraßenbau, der in den Großstadtregionen zu 90% von Kraftfahrzeugen im Nah- und Regionalverkehr benutzt wird, einschließlich Folgekosten zu 100% vom Bund getragen wird?

27. Abgeordnete **Frau Ganseforth** (SPD)

Wie gedenkt die Bundesregierung, auch angesichts des hohen Anteils, den das Auto zum Treibhauseffekt beiträgt, das aufgelaufene Defizit des Schienenausbaus im Nahverkehr im Verhältnis zum im allgemeinen hervorragend ausgebauten Hochleistungsschnellstraßennetz in den Großstadtregionen zu beseitigen?

28. Abgeordnete **Frau Walz** (FDP)

Wie steht die Bundesregierung in Anbetracht der Gefahren, die von dem derzeit unkontrolliert betriebenen Abholzen der tropischen Regenwälder ausgehen, zu den Pressemeldungen, daß die Deutsche Bundesbahn weiterhin Tropenhölzer für den Schwellenbau einkauft?

29. Abgeordnete **Frau Walz** (FDP)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Möglichkeiten der Deutschen Bundesbahn, in Zukunft auf andere Baustoffe zurückzugreifen und auf den Einbau tropischer Hölzer zu verzichten?

30. Abgeordneter **Antretter** (SPD)

Wieweit sind die Planungsarbeiten für die Ortsumgehung Wolfartsweier im Verlaufe der B 3 gediehen, und kann davon ausgegangen werden, daß dieses Projekt im Sinne der in einer Protokollnotiz des Verkehrsausschusses zum Ausdruck gebrachten Intension der Mitglieder dieses Ausschusses aus der Dringlichkeitsstufe „Planungen" in den „vordringlichen Bedarf" vorgezogen wird?

31. Abgeordneter **Antretter** (SPD)

Ist sichergestellt, daß für dieses Projekt nach wie vor die vom Verkehrsausschuß einmütig gewollte Tunnellösung – die auch die zeitlich am raschesten zur realisierende wäre – als einzige Möglichkeit von der Bundesregierung betrieben wird?

32. Abgeordneter **Scherrer** (SPD)

Wie ist der Sachstand der Planung für den Ausbau der B 8 zwischen Altenkirchen und der Landesgrenze Rheinland-Pfalz/Nordrhein-Westfalen, d. h. für welche Abschnitte wurden Planfeststellungsverfahren eingeleitet oder Planfeststellungsbeschlüsse gefaßt?

33. Abgeordneter **Scherrer** (SPD)

Ist der Bundesminister für Verkehr eventuell bereit, einen Ausbau in Teilabschnitten ins Auge zu fassen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

34. Abgeordneter **Dr. Daniels (Regensburg)** (DIE GRÜNEN)

Welche Kenntnisse besitzt die Bundesregierung über die Ende letzten Jahres nur knapp verhinderte Kernschmelze im Reaktor eines atombetriebenen sowjetischen Eisbrechers, und wie gedenkt sie die Bewohner der deutschen Küstenregionen vor Strahlung zu schützen, die von atombetriebenen Schiffahrtsantrieben aller Schiffahrtsnationen ausgehen?

35. Abgeordneter **Brauer** (DIE GRÜNEN)

Kann die Bundesregierung bestätigen, daß nach Abbruch des standortunabhängigen Genehmigungsverfahrens für ein Hochtemperaturreaktor-Modul in Niedersachsen trotzdem Überlegungen und Planungen bestehen, ein Genehmigungsverfahren für das Hochtemperaturreaktor-Modul durchzuführen im Hinblick auf Exportgeschäfte, und inwieweit sind Bundesministerien in die rechtliche Abklärung dieser Fragen involviert?

36. Abgeordneter **Brauer** (DIE GRÜNEN)

Welche Möglichkeiten gibt es nach Ansicht der Bundesregierung, in rechtlicher Hinsicht ein Hochtemperaturreaktor-Modul-Genehmigungsverfahren auf Bundesebene durchzuführen, und ist es nach Ansicht der Bundesregierung möglich, die Sicherheitstechnik des Hochtemperaturreaktor-Moduls ohne formelles Genehmigungsverfahren behördlicherseits zu prüfen?

37. Abgeordneter
Pauli
(SPD)

Warum beantwortete der Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit mein Schreiben vom 17. Oktober 1988 zum geplanten Bau eines Truck-Stops an der A 61 im Bereich der Ortsgemeinde Wiebelsheim trotz mehrfacher Anmahnungen erst nach über vier Monaten, als ich eine entsprechende parlamentarische Anfrage einreichte, und warum wurde diese Anfrage in der letzten Fragestunde nur sehr ausweichend beantwortet?

38. Abgeordneter
Pauli
(SPD)

Ist der Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit bereit mitzuteilen, wie er in der angeblichen öffentlichen Veranstaltung am 28. April 1988 in Wiebelsheim nach seinen eigenen Worten „der Bevölkerung Rede und Antwort gestanden" hat, da bei der betroffenen Bevölkerung, die zu über 80% den geplanten Truck-Stop ablehnt, Unklarheit über den Standpunkt des Bundesministers für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit besteht?

Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes

39. Abgeordneter
Dr. Daniels (Regensburg)
(DIE GRÜNEN)

Erlaubt es die Terminplanung des Bundeskanzleramtes, nun darüber Auskunft zu geben, wann der Bundeskanzler der Wiederaufarbeitungsanlage Wackersdorf seinen Besuch abstatten will – nachdem dieser schon im Dezember letzten Jahres vorgesehen, aber im Februar immer noch nicht terminiert war –, und wird der Bundeskanzler auch bereit sein, sich in einem Zusammentreffen mit den Anti-WAA-Bürgerinitiativen der Oberpfalz mit deren Argumenten auseinanderzusetzen?

40. Abgeordneter
Dr. Penner
(SPD)

Ist der Vizepräsident Münstermann beim Bundesnachrichtendienst auf Grund seines Verhaltens ein Sicherheitsrisiko nach den Maßstäben der Bundesregierung?

41. Abgeordneter
Dr. Nöbel
(SPD)

Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse über die nicht nur innerhalb des Bundesnachrichtendienstes (BND), sondern auch in der Öffentlichkeit bekanntgewordenen dienstlichen, die Sicherheit des BND gefährdenden Verfehlungen des BND-Vizepräsidenten Münstermann vor, und welche Schritte – z. B. Einleitung eines Disziplinarverfahrens – hat die Bundesregierung zur Untersuchung und eventuellen Ahndung dieser Dienstvergehen unternommen?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

42. Abgeordnete **Frau Dr. Hamm-Brücher** (FDP)	Ist es zutreffend, daß, wie „DIE WELT" vom 16. Januar 1989 berichtet, die Regierung der USA in den letzten zwei Jahren bei der Bonner Regierung auf diplomatischem Wege fünfzehnmal wegen angeblicher Exporte von Chemiewaffen und geheimer Raketen-Technologien in Länder der Dritten Welt und des Warschauer Paktes protestiert hat?
43. Abgeordnete **Frau Dr. Hamm-Brücher** (FDP)	Wenn ja, erbitte ich um Auskunft, um welche Exporte es sich hier im einzelnen handelt, und in welcher Weise die Bundesregierung tätig geworden ist?
44. Abgeordneter **Vosen** (SPD)	Kann die Bundesregierung gegenüber der pakistanischen Regierung Rechtsansprüche geltend machen wegen des Erwerbs von Komponenten für eine Hochleistungszentrifuge zur Herstellung atomwaffenfähigen Urans, die mit Wissen und auf Betreiben der pakistanischen Regierung über Mittelsmänner unter Verletzung der Rechtsordnung der Bundesrepublik Deutschland aus der Bundesrepublik Deutschland bezogen worden sind, und wenn nicht, welche politischen Maßnahmen hat die Bundesregierung auf bilateraler Ebene gegenüber der pakistanischen Regierung ergriffen, damit Pakistan nicht unter Verwendung von Komponenten aus der Bundesrepublik Deutschland Nuklearwaffen produzieren kann?
45. Abgeordneter **Vosen** (SPD)	Hält die Bundesregierung das Verhalten Pakistans in diesem Zusammenhang für völkerrechtswidrig, oder ist es nach Auffassung der Bundesregierung rechtlich nicht zu beanstanden?
46. Abgeordneter **Gansel** (SPD)	Kann die Bundesregierung gegenüber der libyschen Regierung Rechtsansprüche geltend machen wegen des Erwerbs von Komponenten für eine Anlage zur Produktion von Giftgas, die mit Wissen und auf Betreiben der libyschen Regierung über Mittelsmänner unter Verletzung der Rechtsordnung der Bundesrepublik Deutschland aus der Bundesrepublik Deutschland bezogen worden sind, und wenn nicht, welche politischen Maßnahmen hat die Bundesregierung auf bilateraler Ebene gegenüber der libyschen Regierung ergriffen, damit Libyen nicht unter Verwendung von Komponenten aus der Bundesrepublik Deutschland Giftgas produzieren kann?

47. Abgeordneter **Gansel** (SPD)

Hält die Bundesregierung das Verhalten Libyens in diesem Zusammenhang für völkerrechtswidrig, oder ist es nach Auffassung der Bundesregierung rechtlich nicht zu beanstanden?

48. Abgeordneter **Bahr** (SPD)

Kann die Bundesregierung den Bericht der Financial Times vom 1. März 1989 bestätigen, nach dem Margret Thatcher am Tage vorher im Unterhaus auf eine Frage, ob sie mit Präsident François Mitterrand übereinstimme, daß die Entscheidung über eine Modernisierung der nuklearen Kurzstreckenraketen eine souveräne westdeutsche Entscheidung sein sollte, geantwortet hat: „Nein, ganz sicher nicht."?

49. Abgeordneter **Bahr** (SPD)

Trifft es zu, daß die Bundesregierung, wie alle anderen NATO-Staaten, die Frage einer „Modernisierung" der Kurzstreckenraketen souverän mit Ja oder Nein beantworten kann?

50. Abgeordneter **Dr. Mechtersheimer** (DIE GRÜNEN)

Wie beurteilt die Bundesregierung unter dem Aspekt der besonderen deutsch-französischen Beziehungen die Äußerung des französischen Außenministers bei seiner Rede zur Eröffnung der Verhandlungen über konventionelle Streitkräfte in Europa (VKSE) in Wien, in der er die Bundesrepublik Deutschland als „Gegenstand" einer „besonderen Behandlung" bezeichnet hat?

51. Abgeordnete **Frau Kelly** (DIE GRÜNEN)

In welcher Weise hat die Bundesregierung auf die Verhängung des Kriegsrechts über Teile Tibets gegenüber der Regierung der Volksrepublik China reagiert, und unterstützt die Bundesregierung z. B. die Forderung, unverzüglich unabhängige, internationale Beobachter nach Tibet zu entsenden, nachdem die Regierung der Volksrepublik China die Abreise aller sich in Lhasa aufhaltenden Ausländer bis Freitag, den 9. März 1989 angeordnet hat?

52. Abgeordnete **Frau Kelly** (DIE GRÜNEN)

Wird die Bundesregierung dem Beispiel der kanadischen und niederländischen Regierung folgen und die Menschenrechtssituation in Tibet vor der UN-Menschenrechtskommission zur Sprache bringen, und aus welchen Gründen hat die Bundesregierung dies bisher nicht getan?

53. Abgeordneter **Jäger** (CDU/CSU)

In welcher Weise bezieht die Bundesregierung nach ihren bisherigen Planungen den 50. Jahrestag der Unterzeichnung des Hitler-Stalin-Pakts einschließlich seines geheimen Zusatzprotokolls über das Schicksal der baltischen Völker in die Gedenkveranstaltungen zum 50. Jahrestag des Ausbruchs des Zweiten Weltkrieges ein?

54. Abgeordneter **Jäger** (CDU/CSU)

In welcher Weise und mit welchen konkreten Maßnahmen wird die Bundesregierung die deutsche und die Weltöffentlichkeit anläßlich des 50. Jahrestages der Unterzeichnung des Hitler-Stalin-Pakts über die verhängnisvollen Wirkungen dieses Pakts der beiden Diktatoren für die Völker Mittel- und Osteuropas und im Hinblick auf den Ausbruch des Zweiten Weltkrieges informieren?

55. Abgeordneter **Peter (Kassel)** (SPD)

Welche Gründe hatte die Bundesregierung dafür, meine schriftlichen Fragen vom 16. Februar 1989 bezüglich der vom Bundestag am 19. Januar 1989 beschlossenen Aktivitäten zur Einführung des Wahlrechts für EG-Bürger geschäftsordnungswidrig nicht innerhalb der vorgeschriebenen Wochenfrist – die am 27. Februar 1989 ablief – und nicht mehr vor den Kommunalwahlen in Hessen zu beantworten?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

56. Abgeordneter **Niegel** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß das Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung das Bundesministerium des Innern bedrängt, die Beihilferichtlinien für Beamte und Versorgungsempfänger im Sinne der neuen gesetzlichen Vorschriften der Gesundheitsreform zu verändern?

57. Abgeordneter **Kastning** (SPD)

Ist die Bundesregierung bereit, da es bislang trotz eines hohen Mitteleinsatzes für Veranstaltungen zur 40-Jahrfeier der Bundesrepublik Deutschland nicht möglich war, aus dem Haushalt des Bundesministers des Innern eine Veranstaltung eines anerkannten freien Trägers der Erwachsenenbildung zum Thema „40 Jahre Bundesrepublik – Standort der politischen Bildung" finanziell zu fördern, nach Förderungsmöglichkeiten aus den Haushalten anderer Geschäftsbereiche für solche sinnvollen Veranstaltungen zu suchen?

58. Abgeordneter **Dr. Hirsch** (FDP)

Auf welcher Rechtsgrundlage erfolgt die Befragung von Asylbewerbern in Zirndorf durch die Verbindungsstelle eines amerikanischen Nachrichtendienstes, und ist der Bundesregierung bekannt, ob entsprechende Befragungen durch amerikanische Nachrichtendienste auch in anderen NATO-Ländern stattfinden?

59. Abgeordneter **Dr. Hirsch** (FDP)

In welcher Weise und auf Grund welcher Informationen trifft die amerikanische Dienststelle ihre Entscheidung, welche Personen sie befragen will?

60. Abgeordneter **Lüder** (FDP)

Welche zeitlichen Verzögerungen ergeben sich bei der Durchführung von Asylverfahren dadurch, daß Asylbewerber von drei Sicherheitsdiensten (US-Verbindungsstelle, Bundesamt für Verfassungsschutz und Bundesnachrichtendienst) befragt werden?

61. Abgeordneter **Verheugen** (SPD)

Ist der Bundesregierung bekannt, in welchem Umfang südafrikanische Wehrpflichtige den Wehrdienst verweigern, aus diesem Grund die Republik Südafrika verlassen und in der Bundesrepublik Deutschland politisches Asyl beantragen?

62. Abgeordneter **Verheugen** (SPD)

Wie beurteilt die Bundesregierung die südafrikanische Praxis, Wehrdienstverweigerer mit bis zu sechs Jahren Freiheitsstrafe zu bestrafen, unter asylrechtlichen Gesichtspunkten?

63. Abgeordneter **Dr. Emmerlich** (SPD)

Trifft es zu, daß das Bundeskriminalamt strafrechtliche Ermittlungen durchführt im Zusammenhang mit dem Export von Anlagen zur Herstellung von Chemiewaffen in Rabta/Libyen durch deutsche Firmen?

64. Abgeordneter **Dr. Emmerlich** (SPD)

Ermittelt das Bundeskriminalamt in eigener Zuständigkeit, oder ist es durch andere Stellen ersucht worden, Ermittlungen durchzuführen?

65. Abgeordneter **Müller (Wesseling)** (CDU/CSU)

Sieht die Bundesregierung die Notwendigkeit, auf die Tarifpartner einzugehen, damit die Vergütungen im Pflegebereich verbessert werden?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

66. Abgeordneter **Dr. Scheer** (SPD)

Auf Grund welcher sachlichen Kompetenz rechtfertigt der Bundesminister der Finanzen, daß er der Installa-Toptherm-Technologie die steuerliche Förderungswürdigkeit als Solaranlage nach § 82 a Einkommensteuer-Durchführungsverordnung versagt, obwohl die zuständigen Ressorts (Bauwesen, Wirtschaft, Umwelt) und alle einschlägigen wissenschaftlichen Institute diese Technik als Solaranlage anerkennen?

67. Abgeordneter **Dr. Scheer** (SPD)

Wie kann es der Bundesminister der Finanzen sachlich vertreten, angesichts des Zwischenberichtes der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages „Vorsorge zum Schutz der Erdatmosphäre", der Installa-Toptherm-Technologie die steuerliche Förderungswürdigkeit nach

§ 82 a Einkommensteuer-Durchführungsverordnung zu versagen und damit die Markteinführung zu blockieren, obwohl Häuser mit dieser Technologie zu einem Gesamteinsparpotential zu herkömmlicher Energie von über 90% führen?

68. Abgeordneter **Becker (Nienberge)** (SPD)

In welcher Höhe und in welchen Bereichen werden zur Zeit Subventionen aus dem Bundeshaushalt gezahlt?

69. Abgeordneter **Becker (Nienberge)** (SPD)

Wie hoch sind die Subventionen in den verschiedenen Sektoren „Bergbau"?

70. Abgeordneter **Jungmann** (SPD)

Wann und in welcher Form sind Bundesfinanzminister Dr. Stoltenberg und Staatssekretär Tietmeyer erstmalig von einer möglichen Beteiligung der Salzgitter Industriebau GmbH am Bau einer C-Waffen-Anlage in Libyen informiert worden, und was haben sie daraufhin veranlaßt?

71. Abgeordneter **Jungmann** (SPD)

Ist der Bundesregierung bekannt, was die Abkürzung „l. d. c." bedeutet, die in dem Fernschreiben, das der Salzgitter Industriebau GmbH durch die Imhausen Chemie GmbH am 25. Februar 1985 zugestellt wurde, mehrfach angeführt ist („please contact l. d. c. for such informations"), und trifft es zu, daß damit die regionale libysche Planungsbehörde gemeint ist, die für die Stromversorgung von Rabta nähere Angaben machen kann?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

72. Abgeordneter **Fuchtel** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung Bemühungen, beispielsweise im Rahmen von Kooperationsabkommen zwischen Industrie- und Handelskammern in der Bundesrepublik Deutschland und in Frankreich, gemeinsam zweisprachige Umschulungsmaßnahmen für arbeitslose Akademiker und arbeitslose Praktiker zum „Fachkaufmann für Außenwirtschaft" mit Ausbildungsblocks in beiden Ländern durchzuführen?

73. Abgeordneter **Fuchtel** (CDU/CSU)

Inwieweit stehen zur Förderung solcher Projekte nach dem Arbeitsförderungsgesetz Bestimmungen entgegen, und was will sie unternehmen, um sicherzustellen, daß künftig eine Förderung solcher Maßnahmen aus dem Europäischen Sozialfonds möglich wird?

74. Abgeordnete **Frau Nickels** (DIE GRÜNEN)

Sind der Bundesregierung die Probleme bekannt, die den bundesdeutschen Hospizen auf Grund des neuen Gesundheits-Reformgesetzes bei der Versorgung ihrer schwerstpflegebedürftigen Patienten mit der notwendigen Sondenkost sowie mit Verbandsmaterial, Sondenbestecken, Kathedern, Einmalunterlagen, Pampers und sonstigen Pflegemitteln sowie anderen notwendigen Bagatellmedikamenten entstehen; wenn ja, ist die Bundesregierung bereit, hier Abhilfe zu schaffen?

75. Abgeordneter **Zierer** (CDU/CSU)

Wie hoch sind die Rentenzahlungen an Aussiedler in den Jahren von 1970 bis 1975, 1976 bis 1982, 1983 bis 1988?

76. Abgeordneter **Hinsken** (CDU/CSU)

Treffen Presseberichte zu, daß eine große Anzahl von Arbeitsämtern gegen Gesetzesvorschriften bewußt verstößt, indem Arbeitslose, seien es Leistungsempfänger oder Nicht-Leistungsempfänger, in der Arbeitslosenstatistik weitergeführt werden, obwohl sie sich länger als drei Monate nicht beim zuständigen Arbeitsamt zu einer Beratung, wie es die 8. Novelle des Arbeitsförderungsgesetzes vorschreibt, gemeldet und somit ihr Desinteresse bekundet haben?

77. Abgeordneter **Hinsken** (CDU/CSU)

Welche Maßnahmen wird die Bundesregierung ergreifen, damit die Behörden sich alle gesetzeskonform verhalten, und ab welchem Monat ist mit einer entsprechend bereinigten Arbeitslosenstatistik zu rechnen?

78. Abgeordneter **Amling** (SPD)

Wieso ist es „eine Sache für sich", einen im Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung angeblich nicht existierenden Vermerk, in dem der Wunsch des Ministers, zukünftig die unter Bezug auf alle Erwerbstätigen ermittelte Arbeitslosenquote in den Vordergrund zu stellen, zur Kenntnis gebracht wird, zum Gegenstand einer Fragestunde im Deutschen Bundestag zu machen, und ist das Eingeständnis, daß dieser Vermerk doch existiert, nicht gleichbedeutend mit dem Eingeständnis, daß das Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung wiederholt und bewußt die Unwahrheit gesagt hat?

79. Abgeordneter **Amling** (SPD)

Welche Initiativen hat die Bundesregierung seit November letzten Jahres unternommen, um auch die Bundesanstalt für Arbeit dazu zu bewegen, zukünftig die auf alle Erwerbspersonen bezogene Arbeitslosenquote in den Vordergrund zu stellen?

80. Abgeordneter **Müller (Wesseling)** (CDU/CSU)

Welche Konsequenzen gedenkt die Bundesregierung, aus den Forderungen der demonstrierenden Krankenpfleger/innen zu ziehen?

Bonn, den 10. März 1989

Druck: Buchdruckerei P. Meier GmbH, Reisertstraße 14, 5202 Hennef (Sieg) 1, Telefon (02242) 6044
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 201363, Herderstraße 56, 5300 Bonn 2, Telefon (0228) 363551
ISSN 0722-8333